

Bezugspreis
für Halle monatlich bei postamtlicher
Zustellung 1.40 Mark, vierteljährlich
4.20 Mark, durch die Post 4.05 Mark
anschließl. Zustellungsgebühren. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. In
amtlichen Zeitungverzeichnissen unter
Coole-Zeitung eingetragen. Für un-
verlangt eingegangene Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Quellen-
angabe „Coole-Zeitung“ gestattet.
Satzfuß der Schriftleitung Nr. 1140,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133,
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Abend-Ausgabe.

Coole-Zeitung

Zweihundertfünfzigster Jahrgang.

Anzeige
werden die Tagesblätter Kolonialzeitung
oder deren Raum mit 30 Pf. berech-
net und in unseiner Annahmestelle
und allen Anzeigen-Geschäften ange-
nommen. Redaktionen die Seite 1 Mtz.
Schluß der Anzeigen-Annahme
vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-
nummer abends 6 Uhr. Abbestellun-
gen von Anzeigenaufträgen, soweit
solche zulässig sind, müssen schriftlich
erfolgen. Erfüllungsort: Halle a. S.
Erscheinungst. 2mal, Sonntags: mal,
Schriftleitung und Haupt-Geschäfts-
stelle: Halle, Gr. Braunschweiger 17.
Leben-Geschäftsstellen: Markt 24
und Gr. Ulrichstraße 52.

Nr. 28.

Halle, Donnerstag, den 17. Januar

1918.

Die Fortschritte in Brest-Litowsk.

Vorstöß zur englischen Küste. — Wann wird der Reichskanzler sprechen?

Amtlicher Bericht der Heeresleitung.

WTB Großes Hauptquartier, 17. Januar 1918.

Weltlicher Kriegsschauplatz.

Keine größeren Kampfhandlungen. In zahlreichen Frontabschnitten Erkundungsgänge. Nördlich von Paschewo, an der Scarpe, bei Vendhuile und St. Quentin wurden einige Engländer gefangen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Im Ceranobogen dauerliche lebhafteste Artillerietätigkeit an.

Italienische Front.

Die Lage ist unverändert.

Bei ihren erfolgreichen und verlustreichen Angriffen am 14. und 15. Januar haben die Italiener an Gefangenen 12 Offiziere und mehr als 300 Mann eingebüßt.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Wichtige englische Hafenanlagen unter deutschem Feuer.

300 Schuß aus nächster Entfernung.

Berlin, 16. Jan. (Amtlich.) Am 14. und 15. Jan. unternahm letzte deutsche Streitkräfte einen Streifzug durch die südl. Nordsee. Sie trafen weder feindliche Kriegsschiffe noch Handelsfahrzeuge an, trotzdem sie nördlich der Themsemündung bis dicht unter der englischen Küste vorrückten. Dort nahmen sie wichtige Hafenanlagen auf nächste Entfernung bei guter Beobachtung mit über 300 Schuß unter wirksamem Artillerie-Feuer.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Die neueste U-Boot-Beute.

Berlin, 17. Januar. (Amtlich.) Starke mit allen Mitteln ausgeführter Gegenwärtiger zum Troch seien auf dem nördlichen Kriegsschauplatz unserer U-Boote 21 000 B. Neg. - T. Handelsfahrtsraum zum Dvier. Hierbei wurde ein englischer Dampfer mit mindestens 4000 Tonnen in geschickter durchgeführtem Angriff aus besonders guter Fischdampferführung herausgeschossen. Die Mehrzahl der verbleibenden Schiffe war bewaffnet und schwer beladen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Vertrauliche Besprechungen im Vierbund.

Vierbund und Ukraine.

Brest-Litowsk, 16. Januar. Im Laufe des Vortags verammelten sich die Delegationen der vier verbündeten Mächte zu einer vertraulichen Besprechung. Staatssekretär v. Kühlmann gab in längerer Rede Auskunft über den Stand der mit der russischen Vertretung in den letzten Tagen geführten Verhandlungen zur Regelung der politischen und territorialen Fragen. Die Vorarbeiten der verbindlichen Vertretungen brachten dem Staatssekretär einmütigen Dank und ihre vollste Zustimmung zum Ausdruck. Eine vertrauliche Besprechung des Grafen Czernin mit den ukrainischen Delegierten, an welcher auch die deutsche Delegation teilnahm, führte zur Feststellung des prinzipiellen Einverständnisses über die das künftige Verhältnis zwischen den Mittelmächten und der Ukraine betreffenden Fragen. Für morgen ist eine Fortsetzung dieser Besprechungen anberaumt. Es sollen dann auch wirtschaftliche Fragen erörtert werden.

Die Mannschaftennot Italiens.

Schwere Schädigung des italienischen Wirtschaftslebens.

WTB, Bern, 16. Januar. Die Agenzia Stefani legt Wert darauf, in der italienischen Presse die Meldung des Herrscher Pans zu demontieren, daß Orlando in einer Unterredung mit Franklin-Roosevelt gefagt habe, daß Italien noch über große Menschenreserven verfüge. Wie die Agenzia Stefani mit Nachdruck betont, hat Orlando im Gegenteil angedeutet, daß der Umfang, daß ungefähr 12 Prozent der gesamten Bevölkerung unter den Waffen liege, das italienische Wirtschaftsleben schwer schädige.

Die Veranlassung der Verhaftung Caillaux.

Langfins Depesche wird veröffentlicht.

Berlin, 17. Januar. Der „Voss. Zig.“ zufolge läßt Clemenceau in der Presse erklären, die Depesche Langfins, die die Verhaftung Caillaux veranlaßt, werde veröffentlicht werden.

Der Wechsel im Zivilkabinett des Kaisers bereits eingetreten?

Herr von Berg als Nachfolger Valentinis.

Berlin, 17. Januar. Wie die „Kreuzzeitung“ aus guter Quelle erfährt, ist der Chef des Zivilkabinetts S. M. des Kaisers und Königs Geh. Rabinetterat v. Valentini aus seinem Amte geschieden. Zu seinem Nachfolger ist der Oberpräsident von Dithmarschen Eggelsen v. Berg ernannt worden.

Vor entscheidenden Ereignissen im unbesetzten Rumänien.

Stockholm, 17. Januar. (Privattelegramm.) „Dien“ berichtet aus Jassi, daß die Verwahrung der Lage in der Moldau durch die noch weiter um sich greifende Auseinandersetzung zwischen den magarischen Ausführenden und den Rumänen ihren Höhepunkt erreicht habe und daß entscheidende Ereignisse in den unbesetzten Rumänien unabwendbar seien. Die Magarischen haben eine regelrechten Feldzug gegen die rumänischen Kriegsvorrate eingeleitet und vernichten systematisch die Munitionsdépôts in den Stappengebieten.

Neue englische Anstrengungen?

T. U. Haag, 16. Januar. Während Lord George, britischer Botschafter, behauptet, bricht man in den englischen Anstrengungen von nichts anderem als von der „praktischen Anwendung der Entensbedingungen durch eine neue, gemessigte Offensive an der Westfront.“ Der Feind kann nur durch einen militärischen Erfolg erreicht werden, Verständigung gibt es nicht.“ So erklären die englischen Offiziere. Der Kriegsgesamtheit Englands wird dementsprechend in größtem Maßstabe ausgebaut und den neuen Erfordernissen der Lage im Westen angepaßt.

Verluste der englischen Kriegsflotte.

Berlin, 17. Januar. Der Flottenkorrespondent der „Daily News“ berichtet laut „L. A.“ den Verlust der englischen Kriegsflotte im Jahre 1917 auf 33 Einheiten.

Zwispalt zwischen Trotski und Lenin.

T. U. Stockholm, 16. Januar. Nach Petersburger Meldungen ist der Riß, der sich schon seit einiger Zeit innerhalb des Volkskommunalesrates bemerkbar gemacht hat, nunmehr so gut wie unüberbrückbar geworden. In entgegenstehenden Kreisen wußte man schon lange, daß Lenin unzufrieden ist sowohl mit Trotskis Einfluß als mit Trotskis Ansichten, und so ist schließlich zwischen diesen beiden eine Spannung eingetreten, die ein weiteres Zusammenarbeiten so gut wie unmöglich macht.

Kerenki entdeckt?

Stockholm, 17. Januar. Laut „Kjells“ soll es den Volkswirtschaftler Kerenki in der Privatwohnung eines sozialrevolutionären Stadtrates auszuspielen. Seine Verhaftung soll bevorstehen.

Turkestan als Republik.

Stockholm, 16. Januar. Das ukrainische Informationsbureau in Stockholm teilt mit, Der Rat der Nation in Kiew erteilt die Nachfrist, daß ein außerordentliches Kongreß der Muselmanen Turkestans in Ueberernehmung mit der mehrere Millionen zählenden Bevölkerung Turkestans in bezug auf das Selbstbestimmungsrecht und gemäß den Grundgesetzen der großen russischen Revolution am 23. Dezember 1917 das Gebiet von Turkestan als selbständige Republik im Bündnis mit der föderativen russischen Republik erklärt hat.

Bayern in Brest-Litowsk.

München, 16. Jan. Im von Bundesstaatsrat Charakter des Reiches Reiches nach außen zum Ausdruck zu bringen, wird Bayern jetzt einen besonderen Vertreter an den Friedensverhandlungen mit Rußland nach Brest-Litowsk entsenden. Zunächst wird sich der führende bayerische Ministerpräsident Dr. Graf Beckenrieder nach Berlin zu Besprechungen mit dem Auswärtigen Amt und dann nach Brest-Litowsk begeben.

Klemens Graf von Podewils-Dürnitz, dessen Familie dem hinterpommerschen Uradel entstammt und der als Botschafter des Reiches nach Brest-Litowsk am 18. Februar 1903 bis zum 5. Februar 1912 bayerischer Ministerpräsident war, soll nach Brest-Litowsk gehen. Seine Reise erfolgt nicht mit dem klaren Zweck, die allgemeinen Interessen des Reichs in erster Linie zu wahren, sondern als Repräsentant des zweitgrößten deutschen Bundesstaates, des Königreichs Bayern, bei den Verhandlungen mit den Russen aufzutreten. Das ist, um es vorweg zu sagen, kein erfreulicher Zustand. Es wäre verfehlt, Gegner dieser Maßnahme schon deshalb zu sein, weil der verantwortliche Leiter der deutschen Politik, Graf Hertling, wie auch der erste Sprecher in Brest-Litowsk, Staatssekretär von Kühlmann, bayerischer Staatsangehöriger sind. Dagegen scheint es uns nicht im allgemeinen Interesse des Reiches zu liegen, wenn jetzt ein deutscher Bundesstaat in Brest-Litowsk eine gesonderte Vertretung besitzt. In Artikel 11 der Reichsverfassung führt der Kaiser die Möglichkeit Frieden. Diese Bestimmung besteht nun einmal und es ist mit ihr zu rechnen. Die Vertretung des Kaisers bei den entsprechenden Verhandlungen ist also Sache der Reichsregierung. Dem Sinne dieser Auffassung entspricht es auch, daß der Kaiser, wie vor einer Reihe von Wochen halbamtlich gemeldet wurde, den Reichskanzler mit der Führung der Verhandlungen mit Rußland betraut habe. Ein Grund für die besondere Vertretung Bayerns 47 Jahre nach der Gründung des gemeinsamen Reichs ist schon hier nicht recht ersichtlich. Alle speziellen Wünsche Bayerns können, wie die anderer Einzelstaaten, im Bundesrat zur Geltung gebracht werden. Damit nicht genug, Bayern besitzt nach Artikel 8 der Reichsverfassung ein weiteres Vorkort. Es führt den Vorzug in dem, aus den Bevollmächtigten Bayerns, Sachsis und Württembergs und zwei vom Bundesrat alljährlich zu wählenden Bevollmächtigten anderer Bundesstaaten gebildeten Bundesrats-Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten. Hier hat es erst recht Gelegenheit, seine Wünsche über die Politik im allgemeinen wie über den Friedensschluß mit Rußland im besonderen zum Ausdruck zu bringen. Bundesrat und Bundesrats-Ausschuss wären die geeigneten Instanzen gewesen, um allen Wünschen der Mitglieder des Reichs Gehör zu verschaffen. Mit dem direkten Weg von Verhandlungen aber können wir uns nicht anfreunden.

Wir halten die Entsendung eines besonderen Vertreters Bayerns für keinen glücklichen Gedanken aus demselben Grund, weil dadurch im Auslande erneut der Eindruck hervorgerufen wird, als ob innerhalb der deutschen Bundesstaaten hinsichtlich der Kriegsziele keine volle Harmonie besteht. Dieser Eindruck ist geeignet, inwieweit begründete Hoffnungen unserer Gegner auf eine Spaltung zwischen Nord und Süd ausnew zu beleben. Und wenn jetzt noch so oft in den nächsten Wochen deutlich und halbamtlich betont werden wird, daß diese Harmonie durchaus vorhanden ist — die Entsendung des Grafen Podewils genügt durchaus, um bei unseren Feinden die nachlassenden Kriegseigenschaften durch Erweckung von weiteren, wenn auch unberechtigten Hoffnungen erneut aufzuwecken. Wir wollen fast fünf Jahrzehnte nach der Reichsgründung wieder einen Partikularismus nach innen noch nach außen. Bei all ihrem Stolz für die eigene Vertretung in Brest-Litowsk müssen auch bayerische Blätter unseren Standpunkt als berechtigt anerkennen. So schreiben die „Münchener Neuesten Nachrichten“: „Brest-Litowsk ist heute nicht der Ort, wo heute große Politik im Sinne Bayerns gemacht werden kann; die besuene Stätte für die Einwirkung Bayerns auf den Kurs der Reichspolitik ist Berlin. Wenn die bayerische Regierung hier mit allem Nachdruck ihre Stimme zu Gehör bringt, so ist die Entscheidung über die großen Linien der inneren und namentlich auch der äußeren Politik fallen, kann sie ihrer im föderativen Prinzip wurdelnden Aufgabe mit größerem Erfolge gerecht werden, als ledigl. durch die Entsendung eines Vertreters nach Brest-Litowsk.“

Die Menschen-Reserven Englands.

Bekanntnisse eines englischen Ministers. — England muß auf dem Schlachtfelde eine größere Rolle spielen. — Mehr Soldaten!

Insprechen muß es den Eindruck, als ob auch die Ver-
läufer der Regierung, die ihr Verhalten zum mindesten
den nachträglichen Begründung und Verteidigung bedarf.
Die „Nord. Allg. Ztg.“ muß deshalb die folgende Darstellung
der Ursachen der bayerischen Sondermission veröffentlichen:

Der bevorstehenden Entsendung des Königlich bayeri-
schen Staatsministers a. D. v. Bode nach Brest-
Litowsk liegt, wie wir hören, eine Vereinbarung zugrunde,
die im Anschluß an die Versailles Uebereinkunft vom
23. November 1870 zwischen Preußen und Bayern geschlossen
und von Preußen am 14. Februar 1871 ratifiziert
worden ist. Sie geht dahin, daß zu den Friedensverträgen,
die nach einem Bundeszuge geschlossen werden, auch ein
Bündnisvertrag des Königs von Bayern zu-
geordnet werden soll, der an den Verhandlungen beteiligt
ist und durch das Bundesanklageramt, also durch den Reichs-
kanzler, jene Instruktion erhält.

Diese nachträgliche Begründung ist nicht überzeugend
und nicht schlüssig. Sie ist es schon deshalb nicht, weil man
sich dann dieser Uebereinkunft hätte sofort
erinnern müssen, nicht erst, nachdem vier Wochen seit
dem Beginn der Verhandlungen ins Land gegangen sind.
Würde man dieses Bündnisverhältnis nach dem Be-
ginn der Verhandlungen ins Land gegangen sind — in diesem
Fallen wohlwärtig verstehen — Attentate befreit haben,
hätte die Sache für das Reich und für das Ausland ein
wesentlich anderes Gesicht gehabt. Die jegliche nachträgliche
Heranziehung dieses Verhältnisses, längst dergestellten Attentats-
bündnis, nachdem wir in Brest-Litowsk und Berlin von
Zwischenfall zu Zwischenfall, von Krise zu Krise gesprochen
sind, kann nicht der deutschen Politik dienlich sein. Wenn
nun Sachsen, Württemberg, Baden usw. in bisher unbeachteten
Attentatsfällen ähnliche Uebereinkünfte eintreten?
Wenn auch Ungarn, Böhmen usw. eine Begründung für
eigene Delegationen in Brest-Litowsk finden? Dann ent-
steht ein wahres Völkerverparlament, in dem erprobte Arbeit
niemals geleistet werden kann, in dem sich die von Trost
meisterlich ingenierte Schwärzereien ohne Not erhöhen.
Das Uebereinkommen, auf das sich die „Nord. Allg. Ztg.“
heute beruft, hätte nicht weiter schlummern können. Es
hätte Aufnahme in einem Vertrag finden sollen, der die deut-
sch-sächsischen Verhältnisse trägt: Vor Gebrauch zu be-
wahren! C. H.

Wiener Bericht.

Wien, 16. Januar. Amlich wird verkauft:
Auf der Hofkammer von Wago wurde ein leinwand-
Vorhang weißlich des Col del Soja abgewiesen. Ost-
lich der Brenta lecht der Italiener seine vorgebliche
Angriffe erst in den Nachmittagsstunden fort. Am
Wohlbau des Wt. Perica kürzte der Gegner dreimal
gegen unsere Linien. Jedermal brach sein Ansturm bereits
in unserem Verleuten und Nachhineingewehrter unter
schweren Verlusten zu laumen. Südlich des Wt.
Kontak Gecce wurden leinwandliche Angiffsversuche im Reine
erklärt. An der unteren Platte diesmal lebhaftes Artillerie-
impfe.

Der Gehl des Generalstabes.

Die politische Debatte im Hauptauschuß. Der Kampf gegen die Zensur.

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben: Wann die
politische Debatte im Hauptauschuß wieder aufgenommen
wird, ist noch ungewiß. Verschieden will der Hauptauschuß
des Reichstages am morgigen Donnerstag und den folgenden
Tagen die Frage der Zensur ausgiebig erörtern. Unter den
Abgeordneten fast aller Parteien ist die Ansicht verbreitet,
daß die Zensurverhältnisse so unannehmbar ge-
worden sind, daß endlich Wandel geschaffen werden muß.

Brest-Litowsk im Herrenhaus.

Die Herrenhausmitglieder Graf v. Behr-Behrenhoff,
Graf v. Reperling-Rostk, Dr. Graf von v. Wartens-
burg haben folgenden Antrag eingebracht:

Das Herrenhaus wolle beschließen: Das Herrenhaus
spricht die Zustimmung, daß die königliche Staatsregierung
auf einen Frieden einzutreten wird, bei dessen Ab-
schluß die dem Deutschen Kaiser im Artikel 11 der Reichs-
verfassung vorbehaltenen Rechte voll gewahrt werden.
— Dieser Frieden muß den gestrichelten Opfern, den Bedürfnis-
nissen militärischer Sicherung und den politischen und
wirtschaftlichen Lebensinteressen des Vaterlandes gerecht
werden.

In der Begründung dieses Antrages wird gesagt:
Der Präsident der Reichstages-Senate von Nord-
amerika hat die Frage aufgeworfen, in wessen Namen die
deutschen Unterthanen in Brest-Litowsk Erklärungen ab-
geben, ob im Namen der Reichsgewalt oder im Namen
einer Militärpartei. Demgegenüber ist zu betonen, daß das
ausdrückliche Recht, Krieg zu führen und Frieden zu
schließen, verfassungsmäßig dem Deutschen Kaiser zu-
steht. Dabei können lediglich deutsche Interessen
maßgebend sein.

Der Antrag ist noch unerledigt u. a. durch: v. Belom-
Ruhau, v. Standenburg, v. Ebel-Witten, Graf v. Eulen-
burg-Wallen, Graf v. v. Eulenburg-Wieden, v. Gordon, von
Herbrandt und der Graf v. v. Hohenhausen, Dr. Hildebrandt,
v. Jagemann (Günther), Graf v. Kautsky,
Graf v. Konradt und Graf v. Wartensburg, v. Reich, v. v.
Dien, Graf v. Hanbau, v. Kothow, Dr. Fürst v. Salm-
Horstmar, Fürst Ernst Günther v. Schleswig-Holstein, Dr.
v. Ung, v. Strub, v. Zabelitz, v. Zentgraf.

Die weiteren Beratungen in Brest-Litowsk.

Wt. Brest-Litowsk, 16. Januar. Die Nachmittags-
sitzung wurde um 5 Uhr durch den Staatssekretär v. K. H. i.
n. n. n. mit folgenden Ausführungen eröffnet:

„Meine Herren!

Wir haben heute morgen die Besprechung des Zeit-
raumes zu Ende geführt und mit Bedauern konstatieren
müssen, daß auf der Gegenseite, trotzdem die von uns
vorgeschlagenen Schritte vollkommen durchschlagender Natur
waren, keine wesentliche Fortschritte erzielt wurden. Wir
darfungen in irgendeiner Weise einzugehen. Wir
wollen übergehen zum zweiten, zur Diskussion stehenden

Amsterdam, 16. Januar. (Private Telegramm.) Im
Unterhaus machte der Minister für Nationaldienst Sir Au-
land Geddes eindringliche Ausführungen über die menschen-
lichen Reserven, die einen Gegenstand der Be-
sprechung zwischen der Regierung und den Gewerkschaften
gebildet haben. Geddes sagte:
Gegenwärtig sind unsere dringlichsten Probleme nicht
die den Heereserfolg betreffenden. Was wir nun zu tun
haben, sind Schritte im Hinblick auf jene Zeit, die

die fergangenste Zeit

sein wird, und, wie ich glaube, in keinem entfernteren Zeit-
punkt eintreten wird. Ich habe bestimmte Meinungen ge-
äußert, daß das Reservierungssystem niedergeboren ist und
die Armeen an der Front wegen Mangel an Rekruten
zusammenschmilzt. Diese Erklärungen werden durch feiner-
liche Tatsachen bestätigt. Die britischen Armeen, die im
Dezember 1916 im Feld standen, waren kürzer als jene im
Dezember 1915 und die vom Dezember 1917 sind wiederum
kürzer als die vom Dezember 1916. Die britischen Feld-
kräfte werden nunmehr für die Verbündeten jeden Tag
wichtiger. Rußland kämpft nicht mehr für die Freiheits-
sache.

Frankreich hat seine volle Kraft im Kampf ausgegeben
und kann die ganze Last nicht auf unbefristete Zeit tragen.
Amerika steht noch nicht im Feld und Monate müssen dar-
über hingehen, bevor es mit vollem Schwung vorgehen kann.
Italien hat schwere Rückschläge erlitten. Von England
und dem Gesicht, mit dem es seine Menschenkraft ausnützt,
hängt in den kommenden Monaten alles ab. Es ist klar,
daß wir uns darauf vorsetzen müssen,

auf dem Schlachtfeld eine größere Rolle

zu spielen, die Amerika herantrommt, das bedeutet mehr
Männer für die Front.

Die Regierung hat bis ins Einzelne die Stärke, den
Charakter und die Zusammengehörigkeit unserer Streitkräfte
sowie der der Alliierten und unserer Feinde im Hinblick auf
die Lage, die an der Front entstanden ist, untersucht und
die Ergebnisse sind nicht befriedigend. Auch wenn Ruß-
land und Rumänien vollkommen ausfallen, haben wir und
unsere Verbündeten

ein wesentliches Uebergewicht über die Armeen der Mittelmächte.

Als Beispiel für die Wichtigkeit, sich nicht durch Zahlen irrezu-
führen zu lassen ist es schließlich notwendig, einen Vergleich
zwischen dem enormen Menschenmaterial Rußlands und der
Rolle, die es im Jahr 1917 gespielt hat, sowie der Größe der
italienischen Armeen und den kürzlich Ereignissen
in Italien anzustellen. Die Ereignisse, die uns zwingen,
schärfliche Uebereinkünfte mit Rücksicht aufzunehmen, machen
es äußerst schwierig, zwischen dem Reich und den Alliierten
zu einem Vergleich zu kommen. Durch den Besitz eines ein-
heitlichen Oberbefehls und der inneren Linie mit guten
Eisenbahnverbindungen hatte der Feind unzweifelhaft einen
Vorteil über die Alliierten.

Wäre Rußland den Alliierten treu geblieben, würde es
nicht allein seine eigenen Besetzungen, die nun in preisgünstigen
Säunen sind, oder solchen Friedensbedingungen ausgelegt
sein, wie Deutschland vorbringt, wird, gerechtfertigt haben, son-
dern es würde auch im Verein mit allen Nationen, die in
den Krieg gegen die Mittelmächte eingetreten sind, einen
schon von vollständigen Sieg gefolgt haben. Trotz seines
Abfalls kann

der endgültige Ausgang

nicht im Zweifel sein, denn die Hilfskräfte der Alliierten
und Amerikas, die in militärischen Einheiten mobilisiert
oder noch im bürgerlichen Leben in Reserve gehalten werden,
sind genügend, um den Sieg zu sichern. Nichts anderes als
eine leuchtige Katastrophe in unserm oder in dem Lande
eines der Verbündeten von der Art, wie sie Rußland be-
fallen hat, kann die Mittelmächte retten.

Vom Ausbruch des Krieges bis zur gegenwärtigen
Zeit wurden unsere Streitkräfte ständig vermehrt. Die
Seekriegskräfte, die im August 1914 150 000 Mann
betragen, waren im Oktober 400 000 Mann stark. Die
britische Armee zählt heute über 4 Millionen Mann.

Wenn wir die Verluste in Rechnung ziehen, können wir
sagen, daß die Anstrengung, die die britischen Nationen ge-
macht haben, nicht weniger als 7 1/2 Millionen Mann be-
tragen hat. Diese Zahlen enthalten nicht die Verluste in der
Nahrungsmittel-, Schiffbau-, Eisen-, der Gabel- und
Kriegsmarine, der Luftwaffe, der erhöhten Erzeugung
von Nahrungsmitteln, von Eisen, Öl und Bedarfsmitteln
aller Art, mit denen wir unsere Verbündeten versorgt
haben; vor allem gehen sie nicht in Rechnung jenes große
Korps Invalider, von Unternehmungsgeist befehlter Leute,
die Offiziere und Seeleute der Handelsmarine. Dies ist

Punkte, der sich bezieht auf die allgemeinen politischen Vor-
aussetzungen, unter welchen die

Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes
erfolgen soll. Die Hauptfrage bei der Verantwortung dieses
Problemes wird die sein, inwiefern die Freiheit der
Wahlbestimmung bzw. der Wahl zu der auslagengebundenen Be-
stimmung durch die Gegenwart von Truppen in den be-
treffenden Gebieten beeinträchtigt wird. Die verbündeten
Delegationen sind von der vollkommenen ausschließlichen
Macht, für die Wahlbestimmung bzw. Wahl das höchstmögliche
Maß von absoluter politischer Freiheit herzu-
stellen, welches mit den Umständen verträglich ist. Dies ist,
wie sich aus der Natur der Sache ergibt, zum großen Teil mit
einer militärischen Frage. Der Rahmen, innerhalb
dessen die Diskussion über die Frage laufen kann, ist durch
militärische Notwendigkeiten gegeben. Über welche hinaus
wir nicht gehen können. Die beiden Gesichtspunkte, inner-
halb dessen die Diskussion über die Frage laufen kann, ist
durch militärische Notwendigkeiten gegeben, über welche hin-
aus wir nicht gehen können. Die beiden Gesichtspunkte,
innerhalb deren diskutiert werden kann, sind folgende:
Eine gewisse Zahl bewaffneter und disziplinierter Streit-
kräfte ist zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung
notwendig. Ein Teil dieser militärischen organisierten Kräfte
ist notwendig, um den atomischen Betrieb des Landes in
Gang zu halten. Es wird von unserer Seite in kindlicher

eine Anstrengung, auf die die britische Nation sehr wohl
halten kann, aber wenn wir die Marine und die Luft-
kräfte zu vermindern, wie wir beschließen, und die Armeen
in Feld aufrecht erhalten, ist es notwendig, augenblicklich
daran zu denken, im Lande 400 000 bis 450 000 Mann aus-
zuheben, die jetzt im bürgerlichen Leben stehen, auszuheben.
Diese Zahlen müssen als absolutes Minimum betrachtet
werden und es mag sehr wohl sein, daß die Ansprüche der
militärischen Lage im Jahre 1918 die

Aushebung einer noch größeren Anzahl von Männern aus den Reihen der Industriearbeiter

notwendig machen. Zu dieser Zeit werden wir jedoch ein
große Maß von Beuten aus den Truppenkörpern dem bürger-
lichen Leben zurückgeben, so daß die Verminderung unserer
industriellen Kräfte viel geringer sein wird als die Gesamt-
zahl der Rekrutierungen. Es ist mit offener Unmöglichkeit,
nicht über die genaue Stärke der Armeen Englands und
seiner Verbündeten im Feld und ihre Reserven zu äußern,
aber ich kann das Saum versichern, daß sie gegenwärtig, was
ihre Zahl und Moral anbelangt, imlande sind, wenigstens
unter gleichen Bedingungen, mit dem ihnen zur Zeit gegen-
überstehenden Feind gleich entzogen.

Geddes kündigte an, daß nicht beabsichtigt sei, die
untere Grenze des Dienstalters herabzusetzen oder die obere
Grenze des Dienstalters über den Dienstjahren in Irland ein-
zuführen. Auf die Beratungen mit den Gewerkschaften
bezugnehmend, sagte Geddes, er wünsche diese Gelegenheit
zu ergreifen, um seine hohe Anerkennung vor dem Gei-
ste, der, wie er gefunden habe, die Führer der organisierten
Arbeit befehle, mit denen er fortwährend die Bedürfnisse der
Nation durchgesprochen habe, zum Ausdruck zu bringen. Er
hoffe, daß das Land auf denselben Geist des Verständnisses
auch bei den Massen rechnen könne, denen von ihnen
Führern bei jeder ihrer Gelegenheiten, soweit ausführbar,
gleiche Aufmerksamkeit geschenkt worden. Das Geheiß
der letzten viermonatlichen Verkörperung der Befreiung,
deren sich gegenwärtig gewisse Kräfte in gewissen Beschäftig-
ungen erfreuen, beilegen. Der zweite Paragraph ist
bezuß bestimmt, der Regierung durch Verfügung die Macht
zu geben, alle Befreiungsbescheinigungen, die auf Grund
der Befreiung erteilt werden, zurückzuziehen. Geddes
fügte zu, solche Maßnahmen seien billigerweise notwendig,
denn es seien gegenwärtig über eine Million Männer im
Besitz von Befreiungszeugnissen, die sie von Militärdienst
schützen, die tatsächlich ungenützt gemacht werden können.

Im Anschluß an die Refrakturen in England wurde
erklärt, daß die Befreiung der britischen Unterthanen,
die ihren Wohnsitz außerhalb des vereinigten Königreiches
außer den autonomen Dominien haben, zu rekrutieren.

Industrielle Seite der Menschenfrage

behandelte, sagte Geddes, es seien Vereinbarungen mit den
Regierungsstellen getroffen, die für sich über 90 000 Männer
verlangen. Der vorläufige Bedarf der Munition-
ministeriums, der Admiralität und des anderen Ab-
teilungen, die Arbeiter verwenden, betrage 450 000 und der
Bedarf der Frauen sei 119 000. Von allen diesen Anfor-
derungen sei die wichtigste die für die Arbeit in den Schiff-
werften zum Bau von Schiffen für den Handel. Er
sah sich, sagen zu können, daß der Ruf nach Arbeit in
Schiffswerften einen sehr beträchtlichen Wiederhall gefunden
habe, und daß sich mehr Leute melden, als aufgenommen
werden können, wenigstens in einigen Distrikten.

Geddes erklärte, es sei eine erhöhte Gelegenheit gegeben,
die Dienste älterer und neutraler Ausländer für Arbeit
von nationaler Wichtigkeit in Gebrauch zu nehmen. Nach
eingehender Beratung mit dem Staatssekretär, dem
Ministerium des Innern und dem Arbeitsministerium sei
man übereingekommen, daß eine Ergänzung zu dem Wt. der
Dienstleistungen der Ausländer befristet, geschaffen
werde, monath langfristige getroffen werden solle, daß Aus-
länder künftig nicht mehr in gewissen besetzten Be-
schäftigungen von unwichtiger Art oder besondere Gemein-
schaft verwendet werden dürfen. Eine solche Genehmigung
wird jedoch in allen Fällen erteilt, wo geeignete Kräfte
Verwendung für Arbeit von nationaler Wichtigkeit nicht
erhältbar seien. Zum Schluß sagte Geddes: Mein Streben
ist lediglich, wo immer durch den Krieg eine Anspannung
eintritt, diese zu erleichtern und darauf zu sehen, daß mög-
liche Anspannung aus Menschenkräften nicht vertragen und
daß die Aushebung von Männern aus dem bürgerlichen
Leben für die Truppen der Krone mit Unannehmlichkeit und
gleichmäßiger Gerechtigkeit sowie wenn möglich mit Intelligenz
aber gründlich geleitet werde. Vor allem ist es meine
Absicht, helfend jenen Männern zur Seite zu stehen, die dem
Rufe des Landes gefolgt sind und gestimmt haben.

Form die Zusage gegeben werden, daß diese organisierten
Kräfte in dem Gebiet, um das es sich handelt,
in keiner Weise sich politisch betätigen
und keinen politischen Druck ausüben dürfen. Aus dieser An-
sichtung heraus vertreten wir unbedingt die These, daß die
Gegenwart dieser Kräfte der Freiheit der Wahlbestimmung in
letzter Wahl entscheidend sein kann und deshalb ihr Bestehen
in der Ausübung einer vollkommen freien Wahlbestimmung
lebenswichtig beeinträchtigt.
Der Vorsitzende der russischen Delegation wandte sich zu-
nächst wieder der Frage der

Räumung der besetzten Gebiete

Gegenüber einer deshalb an ihn gerichteten Bitte des
Staatssekretärs von Rußland, daß zum Thema zu sprechen,
namentlich zu der Frage, unter welchen Bedingungen eine
Wahlbestimmung stattfinden könne, die nach der beiderseitigen
Anschauung als eine gültige und nicht durch militärischen Druck
beeinflusste Wahlbestimmung anzusehen sei, erklärte Herr
Trotsky, er müsse sich erst über die Räumungsfrage völlige
 Klarheit verschaffen, die er bis jetzt noch nicht habe. Staats-
sekretär von Rußland antwortete, er habe unter dem
Eindrucke gestanden, daß durch die Erörterung vom Morgen
die Frage des Zeitpunktes genügend geklärt seien,
wenn das nicht der Fall sei, so habe er nichts dagegen, wenn
der Herr Vorsitzende der russischen Delegation das Thema